

Transkript des Audimax Podcast mit Oliver Marchart

Maiada Hadaia:

Herzlich willkommen, Oliver Marchart. Vielen Dank, dass Sie mich hier bei Ihnen im Büro empfangen, an der Universität Wien, im NiG, im Neuen Institutsgebäude. Und Herr Marchart, Sie sind jetzt Gast bei Audimax, dem Wissenschaftspodcast der Uni Wien.

Dankeschön nochmal für Ihre Zeit. Meine erste Frage an Sie ist erstmal ein wenig mehr über Sie zu Ihrer Person und wie diese drei Fachbereiche zusammenhängen für Sie in Ihrer Arbeit, in Ihrem Wirken, in denen wir uns auch hier befinden, am Institut für Politikwissenschaften, also Soziologie, Philosophie und Politik, die zumindest räumlich hier auch sehr nah aneinander sind. Wie ist das für Sie, Herr Marchart?

Oliver Marchart:

Ja, das stimmt. Das ist vielleicht so eine Besonderheit oder eine Merkwürdigkeit meines wissenschaftlichen Karrierewegs, der mich von der Philosophie über die Soziologie in die Politikwissenschaft geführt hat. Also ich bin von der Ausbildung her Philosoph, habe dann allerdings eine zweite Promotion am Department of Government, also in der Politikwissenschaft an der Universität Essex, angehängt. Und meine Stellen danach waren in der Soziologie. Von dort aus bin ich dann nach Wien auf die Politikwissenschaft gekommen. Und das ergibt dann in Summe eine Doppelhabilitation in Philosophie, Soziologie und die Stelle in Politikwissenschaft, was bedeutet, dass ich eigentlich für drei vollständige Lehrgebiete lehrberechtigt bin.

Was denke ich selten, wenn nicht singulär ist. Und das könnte natürlich jetzt eine reine Zufälligkeit sein. Ist es aber nicht. Es ist zwar eine Kontingenz, es könnte auch anders sein. Man muss sie unterscheiden zwischen Kontingenz und Zufall. Es ist ja nicht dasselbe Kontingenz ist, was auch nicht oder anders sein könnte. Und Zufall ist etwas Beliebigen, aber es ist nicht beliebig, sondern es ist kontingent, weil es nämlich Gründe hat. Es hängt zusammen mit der Sache selbst, mit der politischen Theorie, die ich hier mit der Professur für politische Theorie lehre. Und die politische Theorie selber ist eine Schnittmenge der Disziplinen zwischen den verschiedensten Disziplinen, natürlich nicht nur Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft, auch andere Disziplinen spielen mit rein.

Ich versuche es den Studierenden in meiner Einführungsvorlesung immer so zu erklären, um sie zunächst auch mal zu schockieren, sofern das überhaupt möglich ist, so zu erklären, dass politische Theorie eine Disziplin ist ohne angestammte Zeit und angestammten Ort. Denn wenn sie in der Philosophiegeschichte zurückgehen zu politischen Philosophen, dann gehen sie in den meisten Fällen bis mindestens Platon zurück, also knapp zweieinhalb Jahrtausende. Also ist die politische Theorie uralte. Gleichzeitig ist sie aber sehr neu. Denn wenn sie an das Teilgebiet der Politischen Theorie innerhalb der Politikwissenschaft denken, entsteht sie überhaupt erst mit der Politikwissenschaft als wissenschaftlicher Disziplin. Und das ist in den Nachkriegsjahren, die ja außerhalb der USA jedenfalls erst mit auf einer Initiative der UNESCO zustande kam, in den Nachkriegsjahren und indirekt in Reaktion auf die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs, also sehr alt und sehr neu gleichzeitig.

Und auch der Ort, der disziplinäre Ort ist zunächst mal unbestimmt. Wir sind zwar hier auf der Politikwissenschaft, aber wie schon gesagt, die gesamte Philosophiegeschichte spielt mit rein, wenn wir

an die politische Ideengeschichte denken als ein Teilbereich der politischen Theorie. Und insofern könnte man politische Theorie auch auf den Geschichtswissenschaften lehren. Wird zum Teil auch gemacht die politische Ideengeschichte. Es spielt beispielsweise die Ökonomie mit hinein. Viele der großen Namen beispielsweise, die auch für uns relevant sind, kommen zum Beispiel aus der Ökonomie. Schumpeter, der große österreichische Ökonom, hat eine enorm einflussreiche Demokratietheorie vorgelegt, die durchaus hegemonial war oder dominant war in den Nachkriegsjahren jedenfalls in der Weiterentwicklung.

Oder die Rechtswissenschaften. Wenn ich jetzt beispielsweise mich. In der Rechtstheorie spezialisiert hätte, was durchaus möglich ist, welches vielleicht bei den Juristen. Das heißt, Sie sehen, die politische Theorie ist eine Schnittmenge Disziplinen, die an unterschiedlichste andere Disziplinen andocken kann und ihre intellektuellen Ressourcen auch dort sucht. Und deswegen, glaube ich, ist das zumindest meine Erklärung, weshalb man nicht ausschließlich in der Politikwissenschaft angesiedelt ist mit der eigenen Forschung.

Maiada Hadaia:

Also diese Transdisziplinarität ist Ihnen hier auch sehr wichtig, das hervorzuheben. Das Politische ist, wie Sie schon gesagt haben, auch schon bei Platon, der ein Philosoph war, auch etwas Alltägliches. Das Einmischen in den Alltag, ins Leben, in die Gesellschaft. Das Thema Gesellschaft ist auch ein Thema, das Sie bearbeiten oder wozu Sie arbeiten und forschen. Und vielleicht noch einmal eine Frage zurück zu den Theorien, zu Ihren Fachbereichen auch: Wie wichtig ist es Ihnen, dass auch die Studierenden oder vielleicht auch eine breitere interessierte Öffentlichkeit diese kennenlernt oder kennt?

Wir haben an Schulen schon auch politische Bildung. Ich glaube, das ist in der Vergangenheit auch ziemlich besser und mehr verankert worden oder auch verstanden worden, wie wichtig es hier auch für Demokratisierung ist, die wir ja im sogenannten globalen Norden auch sehr hochhalten, aber natürlich nicht ausschließlich, dass das auch hier sehr wichtig ist, sehr früh anzusetzen.

Oliver Marchart:

Ja, natürlich. Ich bin auch gerade derzeit, jetzt sogar heute schon in einem Gespräch gewesen mit Dirk Lange, der bei uns für die politische Bildung zuständig ist in Bezug auf ein gemeinsames Symposium, das wir planen im nächsten Jahr. Politische Bildung ist enorm wichtig. Wir haben hier auch einen. Also bei mir in der politischen Theorie ein Forschungsprojekt durchgeführt, das Demokratie in den Schulen und das Demokratieverständnis von Schülerinnen untersucht hat. Im Research mit den Schülerinnen, wo wir uns überlegt haben, was für ein Verständnis der demokratischen Grundwerte Grundprinzipien wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität herrscht eigentlich bereits im Alltagsverständnis, wie man sagen würde, also gar nicht mal wissenschaftlich, sondern in unserem Alltagsverständnis bei Schülern und Schülerinnen vor.

Da geht es nicht darum, einfach nur abzufragen, wie sie zur parlamentarischen Demokratie stehen, was sie von politischen Parteien halten, ob sie glauben, dass sie repräsentiert werden, welche Aufgaben das Parlament hat. Nein, es geht darum zu sehen, Was ist überhaupt Ihr Verständnis dieser demokratischen Grundprinzipien, auf denen Demokratie natürlich baut. Denn wenn dieses Verständnis nicht vorhanden ist, dann nützt es auch nichts, wenn im politischen System in Sonntagsreden beispielsweise von Freiheit

und Gleichheit gesprochen wird. Aber wenn es im Alltagsverständnis der Menschen nicht verankert ist. Und wir sind da also durchaus bemüht, die politische Theorie aus dem ihr immer zugeschriebenen Elfenbeinturm zu befreien und in die Gesellschaft hinein zu prägen.

Gleichzeitig darf aber politische Theorie natürlich auch nicht ihre Spezifik als Theorie verlieren, das heißt, es ist keine reine angewandte Wissenschaft. Es geht darum, wirklich auch zu verstehen, wie Gesellschaft funktioniert. Aber das bedeutet eben auch, auf Basis welcher Werte, Ordnungen, welcher normativen Prinzipien eine demokratische Gesellschaft beispielsweise funktioniert. Und das ist auch mein zentrales Forschungsgebiet, nämlich die Demokratietheorie. Also was heißt überhaupt Demokratie? Das ist eine schwierige Frage und wird zur schwierigen Frage dann, wenn wir eben nicht davon ausgehen, dass die liberale, demokratische, institutionelle Ordnung, die wir vorfinden, schlichtweg ident ist mit dem, was Demokratie ist oder sein sollte.

Wenn wir einen rein beschreibenden Zugang haben, dann bräuchten wir eigentlich gar keine Theorie. Dann könnten wir sagen Demokratie ist das, was so genannt wird. Demokratie ist das, was wir vorfinden, das heißt die parlamentarische liberale Demokratie. Damit können wir uns zufriedenstellen. Aber genügt diese real existierende Demokratie ihren eigenen Ansprüchen? Und sobald Sie diese Frage stellen, brauchen Sie eine Theorie, die diese Ansprüche von irgendwo herleitet und begründet. Insofern Demokratietheorie ist das zentrale Arbeitsgebiet unseres Feldes, aber wir bemühen uns durchaus damit, auch nach außen zu gehen und ernst zu nehmen wie die Menschen selbst. Über Demokratie nachdenken. Und dann stellt man doch fest, dass sie zum Teil sehr viel tiefgreifendere Vorstellungen von dem haben, was Demokratie ist oder sein sollte, als das politische System ihnen offeriert.

Und das heißt, es gibt durchaus den Wunsch nach einer Vertiefung von Demokratie, von demokratischen Teilhabemöglichkeiten. Es gibt den Wunsch, gehört zu werden, es gibt den Wunsch, mitreden zu dürfen. Und ich denke, die politische Theorie sollte nicht unbeeindruckt von solchen vorthoretisch formulierten Wünschen und Forderungen sein, sondern dass eben mit Aufnehmen und Integrieren in die eigene Theoriearbeit.

Maiada Hadaia:

Welche Ergebnisse, vielleicht noch kurz, gibt es aus dem Projekt, das Sie vorher genannt haben, mit den jungen Menschen?

Oliver Marchart:

Wir haben mit den Studierenden selbst untersucht, das heißt, wir haben die Studierenden selber als Forscherinnen verstanden, wie sie in ihrem eigenen Umfeld mit diesen demokratischen Prinzipien, die wir aber nämlich nicht immer als solche benannt haben, also nicht das hehre Prinzip der Gleichheit oder der Solidarität, sondern durchaus auch in der Sprache der Schülerinnen, wie sie mit diesen Prinzipien umgehen. Beispielsweise solche Frage des Mobbing, also Mobbing von einzelnen Mitgliedern der Klassengemeinschaft gegenüber anderen, wird dann sehr schnell auch in einer Sprache der Solidarität oder des Solidarischen, des Fairen oder des Unfairen verhandelt.

Und interessant ist natürlich bei solcher immer - eigentlich ist es qualitative Forschung und noch gar

nicht mal theoriebeeinflusst, aber die ist oder sollte zurückwirken auf die Theorie - dass sie sich sehr schnell, das war auch eines der Ergebnisse, sehr schnell natürlich auf die demokratische Situation oder nichtdemokratische Situation zurückwendet, in der die Forschung selbst stattfindet. Also natürlich sind die Studien, da sind die Schülerinnen, mehr oder minder dazu gezwungen worden, an diesem Forschungsprojekt in der Schule teilzunehmen. Gleichzeitig geht es in diesem Forschungsprojekt aber um Demokratie, also um Selbstbestimmung, um autonomes Entscheiden.

Wo, an welcher Stelle beginnen Schülerinnen dann eben auch zu hinterfragen, was Demokratie in der Schule bedeutet? In die Schule ist ja zunächst mal eine Zwangsinstitution. Also es gibt ja eine Schulpflicht und in diesem Spannungsfeld beginnen dann die Verhandlungen zwischen Schülerinnen und Forscherinnen. Und das ist, glaube ich, das Spannende. Insofern kann man nicht sagen, es gibt das eine Ergebnis, wie man das bei einer Umfrage hätte. Schülerinnen zu so und so viel Prozent sind für oder gegen die Demokratie. Das ist nicht das Ziel dieser Forschung.

Maiada Hadaia:

Also es sind immer Prozesse, die Zeit brauchen?

Vielleicht noch eine Frage zur Demokratietheorie. Einen Begriff, den Sie geprägt haben. Da würde ich bitten, dass Sie ein wenig erklären. Das ist eben die postfundamentalistische Gesellschaft. Womit haben Sie sich denn da beschäftigt, was bedeutet das?

Oliver Marchart:

Genau. Das? Ja, das ist ein Kreis von politischen Theorien, die ich als postfundamentalistisch bezeichne. Das bezieht sich nicht in erster Linie auf den Fundamentalismus, also nicht den religiösen Fundamentalismus, sondern es bezieht sich darauf, dass historisch betrachtet mit der demokratischen Revolution oder den demokratischen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts die normativen Grundlagen der Gesellschaft brüchig werden.

Also zum Beispiel das Gottesgnadentum wird nicht mehr wirklich plausibel nach den demokratischen Revolutionen. Der König in der Französischen Revolution wird geköpft. Und diese Theorien, mit denen ich mich da beschäftige, sagen damit wird einfach nicht nur ein Individuum hingerichtet, sondern es wird die Verbindung zwischen der Gesellschaft und einem transzendenten Legitimationsgrund im Gottesgnadentum, also der König wird durch Gott legitimiert, diese Verbindung selbst wird gekappt, und jetzt verliert die Gesellschaft ihre festen normativen Gründe, ihre Fundamente und die Theorien, die nun nicht eben antifundamentalistisch darauf reagieren und sagen wir brauchen überhaupt keine Fundamente mehr, Gesellschaft funktioniert beispielsweise im Anarchismus, könnte man das sagen, Gesellschaft funktioniert auch ohne irgendwelche Gründe, auch ohne irgendwelche Fundamente. Sind wir froh, dass der König weg ist. Jetzt brauchen wir gar nichts mehr.

Postfundamentalistisch heißt im Unterschied zu antifundamentalistisch, dass das Politische jetzt in den Vordergrund tritt, die Politik. Denn jeder vorübergehende Grund, jedes vorübergehende Fundament der Gesellschaft kann immer nur politisch gelegt werden und natürlich immer nur auf Zeit. Das heißt Gesellschaft muss sich jetzt ihre eigenen Gründe finden, nachdem so der transzendente Grund verloren gegangen ist.

Und in diesem Prozess bewegt sich Demokratie. Demokratie ist die Suche nach Gründen, nach

unterschiedlichen Gründen, nicht nur normativen Gründen, auch anderen Gründen. Und innerhalb dieses Prozesses taucht überhaupt erst so was wie der moderne Fundamentalismus auf, so wie wir den Begriff verstehen. Denn erst dann, wenn die Gründe brüchig geworden sind, kann ein politisches Projekt vorschlagen unbrüchige, feste, stabile, ewige Gründe zu legen. Die Voraussetzung ist eigentlich diese moderne Entwicklung der Demokratie.

Insofern würde ich sagen Der Fundamentalismus ist eine Reaktion.

Sie ist eine Reaktion auf eben die Entgründung von Gesellschaften, die sich mit der Moderne, aber dann im politischen Raum, vor allem auch mit der Entwicklung der Demokratien gezeigt haben.

Maiada Hadaia:

Und das nicht nur im Negativen, kann man sagen. Wenn man hier also an sich an Fundamentalismus denkt. Das ist schon sehr nah an Terror oder auch an Gewalt. Protest ist auch ein wichtiges Thema.

Oliver Marchart:

Ja, ja. Erst in solchen Gesellschaften, in denen wir überhaupt erst die Regeln und die Gründe des politischen Miteinanders aushandeln und das ist ja das, was Demokratie auszeichnet, bekommt Protest überhaupt einen Sinn? Also ansonsten wäre Protest ja nicht Teil der politischen Aushandlungsprozesse, sondern es müsste sich gegen ein bestimmtes politisches Regime wenden, so wie es derzeit beispielsweise im Iran sehen. Das heißt, das hat dann immer ein revolutionäres Moment, in dem es eigentlich darum geht, dieses System zu überwinden. Innerhalb der Demokratie ist Protest allerdings Teil der Geschäftsordnung, könnte man sagen. Und deswegen ist Demokratie, das sind demokratische Gesellschaften, zugleich Protest, Gesellschaften.

Ich finde, das ist ein sehr schöner Begriff. Die Idee der Protestgesellschaft. Wenn Sie das Fernsehen aufdrehen, wenn Sie die Nachrichten aufdrehen, werden Sie feststellen, wenn Sie mal darauf achten, dass immer auch über Proteste, über soziale Bewegungen, über sozialen und politischen Protest berichtet wird. Das ist eine ganz selbstverständliche Kommunikationsform in demokratische Politik. Und sie wird eben nicht nur geduldet. In den meisten Fällen, sofern sie jedenfalls nicht gewaltförmig agiert, sondern sie ist legitim. Das ist eben der entscheidende Unterschied zwischen einer demokratischen und einer autokratischen, autoritären oder totalitären Gesellschaft.

Maiada Hadaia:

Wir haben, wenn wir von Protest und natürlich auch das sehr wichtige Thema Demokratie sprechen, anhand der Covid-19 Pandemie auch in den vergangenen zwei, zweieinhalb Jahren hier auch schon eine beispiellose Spaltung der Gesellschaft erlebt auf der einen Seite und aktuell in Österreich die Korruptionsaffären. Die politische Verdrossenheit ist doch sehr groß auch geworden. Gewachsen. Was ist hier wichtig für Sie festzuhalten?

Oliver Marchart:

Ja, die Krise der Demokratie ist seit einigen Jahren im Gespräch. Auch die Rede von einem demokratischen Wechsel in einem Zurückgleiten in autokratische Strukturen innerhalb der westlichen

Demokratien. Einerseits muss man sagen natürlich ist das nicht nur eine Diagnose, die man in den Politikwissenschaften antrifft, die trifft man auch in den Medien an, die trifft man auch in den Sorgen der Bevölkerung an zurzeit der Platzbesetzungen dieser großen internationalen Revolten, die letztlich von außen motiviert waren. Durch die Auswirkungen der Finanzkrise von 2008 war einer der Slogans insbesondere in Spanien, aber auch anderswo dieser Slogan Ihr repräsentiert uns nicht. Also die Krise der Demokratie ist auch eine Repräsentationskrise, die damit zu tun hat, dass die klassischen politischen Akteure, die Parteien, in gewisser Weise die Resonanzfähigkeit verloren haben, zum Teil jedenfalls und auf sich verändernde soziale Lagen in der Bevölkerung auch eben krisenbedingte Veränderungen, wie zum Beispiel die Finanzkrise, wie die Pandemie, Krise wie jetzt die Inflation und sicher eine darauffolgende Wirtschaftskrise nicht oder nicht hinreichend responsiv agieren, so jedenfalls der Eindruck.

Und das führt zu Protesten. Und jetzt muss ich auf der anderen Seite aber gleich hinzufügen, dass die Krise der Demokratie so alt ist wie die Demokratie selbst, weil die Demokratie selbst in gewisser Weise krisenförmig strukturiert ist. Es gibt ja nämlich keinen letzten Grund, auf den wir uns beziehen können. Da sind wir wieder bei der Frage Was bedeutet eigentlich diese postfundamentalistische Kondition, die unsere Gesellschaften auszeichnet? Insofern sind wir schon von vornherein in der Krise, weil wir ja selbst nicht wissen, welcher Grund jetzt für uns maßgeblich sein soll und wir ihn immer neu, und zwar im Konflikt mit anderen politischen Projekten, mit anderen Vorschlägen aushandeln müssen.

Das ist zumindest eine der strukturellen Merkmale von Demokratie. Karl Marx hat dieses parlamentarische System als ein System der Unruhe bezeichnet. Es produziert selbst Unruhe auch deshalb, weil es den Konflikt auf die Bühne hebt in der parlamentarischen Debatte. Und deswegen zeichnet auch in der Demokratie den politischen Diskurs. Der Konflikt, also seine Konflikthaftigkeit aus. Das bedeutet aber, dass der Konflikt, das war damals das Argument von Marx in Bezug auf den Parlamentarismus, den er selber gar nicht sehr wertgeschätzt hat. Das war eine Beobachtung. Der Konflikt schwappt über und breitet sich in der Gesellschaft immer weiter aus. Das bedeutet, dass der politische Diskurs in der Demokratie ein konflikthafter Diskurs ist, nicht nur auf der Bühne des Parlaments, wo sich Parlamentarier anschreien, sondern auch in unserem Alltag, weil wir einfach unterschiedliche Vorstellungen von den Gründen dieses Gemeinwesens, von dem Horizont, vor dem wir uns politisch bewegen und irgendwie damit zurande kommen müssen, dass wir eben keinen letztgültigen Konsens darüber finden, wie wir uns die gesellschaftliche, demokratische Gemeinschaft vorstellen.

Maiada Hadaia:

Also das heißt, dass dieser Reifungsprozess wesentlich ist für ausverhandelt für ein Weitergehen und Weiterkommen. Ohne dem geht es nicht. Wenn ich Sie richtig verstehe.

Oliver Marchart:

Absolut. Das ist das A und O von Demokratie.

Maiada Hadaia:

Und dann geht es aber für mich schon auch ein bisschen wieder ins Philosophische, was vielleicht auch

sehr interessant ist bzw. natürlich auch hier Ihr Bereich ist, nämlich auch hier spielen verschiedenste Sachen, wie auch die Kommunikation oder wie ausverhandelt wird oder auch Kritik, oder wie gedacht wird oder wie kritisches Denken vielleicht insgesamt gefördert werden kann, um diesen Reifungsprozess möglichst auf einer zumindest gewaltfreien Ebene zu halten. Oder weil ich würde, dann schon glauben, dass die Gefahr dann erst besteht, wenn Gewalt auch im Spiel ist. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen. Vielleicht auch Staatsgewalt.

Oliver Marchart:

Na ja, ich sehe es eigentlich als Aufgabe der politischen Theorie der Demokratie, selber Klarheit darüber zu verschaffen, was ihre Legitimationsgrundlagen sind. Das ist, wenn Sie so wollen, der interventionistische Impetus der politischen Theorie als Demokratietheorie, wenn sie sich richtig versteht. Das bedeutet, dass es darum geht, wirklich deutlich zu machen, dass Aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, auch wenn sie auf der Straße stattfinden, legitim sind. Wir haben ja politische Parteien, die finden Straßendemonstrationen, die den Verkehr blockieren, dann legitim, wenn sie ihre eigenen Weltanschauungen entsprechen. Aber. Sind der Meinung, sie müssten verboten werden, wenn sie einer anderen Weltanschauung widersprechen. Und ich denke, aus einer demokratietheoretischen Perspektive heraus kann man doch relativ klar sagen und auch begründen, weshalb in einer liberalen Demokratie und wir sprechen, ja jetzt immer über liberale Demokratien, wie wir sie kennen, in einer liberalen Demokratie eben Protest per se legitim ist.

Und dann kann man sich noch über die Grenzen, die aber natürlich durchaus auch in vielen Ländern einfach verfassungsrechtlich schon mal vorgegeben sind, nämlich das hat was mit Meinungsfreiheit zu tun, das hat was mit Versammlungsfreiheit zu tun und Ähnliches. Dann kann man sich über diese Grenzen unterhalten. Aber ich denke, man kann natürlich nicht beginnen, jetzt beispielsweise Straßendemonstrationen, weil sie den Verkehr blockieren, zu verbieten. Denn das ist ja genau die Idee von Demonstrationen, von Straßendemonstrationen. Das ist der Versuch der Blockade gesellschaftlicher Zirkulationsströme. Und so wie ein Streik den Versuch versucht, die Ströme der Produktion und der Warenzirkulation zu unterbrechen und zu blockieren, versucht eine Straßendemonstration dadurch Aufmerksamkeit zu gewinnen, dass sie die Verkehrsströme blockiert.

Wenn ich jetzt sage Straßendemonstrationen. Blockieren den Verkehr. Ergo sollten sie verboten werden, verbiete ich sozusagen eine demokratische Äußerungsform und die genau ihren Sinn und Zweck darin hat, den Verkehr zu blockieren. Insofern ich denke, die Aufgabe der politischen Theorie und der Demokratietheorie ist es eben genau zu sensibilisieren. Und der zweite Punkt, den ich ja noch anhängen möchte, ist Sie hatten den Begriff der Kritik erwähnt, also die Idee, dass Demokratietheorie politische Theorie in gewisser Weise kritisch ist. Und ich denke, das ist der Fall, aber kritisch in einem durchaus breiteren Sinn. Der griechische Begriff von Kritik hängt ja zusammen mit der Krise, das ist ja alles ein Wortstamm, das ist die Krise.

Ist der Medizin der Moment, an dem sich entscheidet, der Kippunkt. Wenn Sie so wollen, an dem sich entscheidet, wie sich die Krankheit entwickeln wird. Und die medizinische Kunst besteht darin, diesen Kippunkt zu erkennen. Also politische Theorie ist, wenn man sie so versteht, ein Erkenntnisinstrument. Es geht auch um die Fähigkeit der Beurteilung. Es geht um Urteilsfähigkeit, durchaus auch im Vergleich mit anderen politischen Systemen und anderen Ideen der Vergangenheit. Dadurch erlaubt uns politische Theorie, einen Schritt zurückzutreten und unsere Gegenwart und unsere heutige Gesellschaft mit einer

gewissen Distanz zu beobachten und darüber Erkenntnisse zu gewinnen. Denn wenn ich mich voll in diese Gesellschaft so immersiv hineinbegebe, verliere ich die Distanz, um überhaupt noch etwas beobachten zu können.

Natürlich kann nicht aus der Gesellschaft heraustreten, aber ich kann über Theorie als ein Instrument versuchen, eine innere Distanz zu gewinnen. Deswegen ist auch die Ideengeschichte wichtig, um dieses kritische Urteilsvermögen ausbilden zu können. Deswegen ist es wichtig, argumentieren zu lernen, also nicht einfach nur auf die eigene politische Meinung zu rekurrieren, sondern diese Meinung zu begründen. Und als das versuchen wir ja auch hier in der Lehre zu vermitteln. Ich denke, das ist eine sehr wichtige Aufgabe natürlich universitärer Lehre als solcher, dass sie eben diese Form von Orientierungswissen vermittelt, aber eben auch der Demokratietheorie im Besonderen, gerade wenn es eben um eine reflexive Distanz gegenüber ihrem Objekt, der Demokratie geht.

Die muss zunächst mal gewonnen werden, mit der kommen wir nicht auf die Welt. Und das ist eben unter anderem auch harte theoretische Arbeit.

Maiada Hadaia:

Zur Frage der reflexiven Distanz, die hier nötig ist, von der Sie eben gesprochen haben. Die Frage des Aktivismus, der gleichzeitig nötig ist, um auch etwas zu bewirken. Beide ergänzen einander, würde ich sagen. Was meinen Sie, Wie sehr wirkt hier zum Beispiel der Kapitalismus? Wie lähmend oder hemmend wirkt er zum Beispiel, um aktiv zu sein? Sie haben ja auch schon erwähnt, dass viele Ökonomen politisch aktiv waren, dass sich das auch sehr ergänzt. Ist es ein Irrglaube, dass das kapitalistische System hier auch wesentlich ist oder wesentlich hemmend wirkt?

Oliver Marchart:

Ja. Es beginnt natürlich schon allein damit, dass wir in Lohnarbeitsgesellschaften leben, in denen wir einen großen Teil unserer Zeit dafür aufbringen, um überhaupt überleben zu können, für die Lohnarbeit aufbringen. Das bedeutet natürlich, dass zeitliche Ressourcen dann, wenn wir uns dann auch noch erholen müssen. Und wir laufen ja immer mehr in einer Gesellschaft des Burnouts. Das heißt, wir müssen einen großen Teil unserer freien Zeit letztlich dafür aufbringen, um unsere Batterien wieder aufzutanken, um dann wieder arbeitsfähig zu sein. Und da stellt sich natürlich die Frage Wie viel Zeit bleibt da für politische Arbeit, für politisches Engagement, natürlich auch für jede andere Form des Engagements außerhalb der Arbeitszeit und der Zeit, die für die körperliche Regeneration notwendig ist. Da gibt es natürlich unterschiedliche Vorschläge. Einer der Vorschläge für einen Bürgerinnen Geld oder eine Art von finanziellem Grundstock, sei es jetzt durch ein Erbe für alle. Das ist ein Vorschlag, den Piketty gemacht hat, dass einem bestimmten Alter alle eine bestimmte Summe überwiesen bekommen sollten, oder sei es eben durch einen eine monatliche Transferzahlung. Die Idee wäre dann, dass bestimmte Zeitressourcen auch freigesetzt werden für die politische Arbeit. Wie realistisch das ist, auch welche möglicherweise intendierten Effekte so etwas hätte, darüber wird dann diskutiert. Aber was glaube ich klar ist, ist, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen tatsächlich auch am politischen Leben teilhaben können.

Das soziologisch sehr genau beobachten, dass die ökonomisch und qua Bildung, wie man dann sehr unschön sagt, Abgehängten ja gar nicht mehr am politischen Prozess teilhaben. Das ist eine immer

größer werdende, durchaus signifikante gesellschaftliche Gruppe, was bedeutet, dass die Demokratie letztlich nur noch von einem, sagen wir, dem Mittelstand, der durchaus sehr breit definiert wird, dem Mittelstand getragen wird und deshalb aber natürlich auch hauptsächlich den Interessen dieser Gruppe entspricht und eben nicht den Interessen derer, die nicht mehr am politischen Prozess teilhaben. Die austrocknen und in einer Art von *circulus vitiosus* aufgrund ihrer Nichtteilnahme dann auch keine politische Repräsentation mehr haben.

So wie es für politische Parteien sich nicht lohnt, die Interessen dieser Gruppe zu vertreten, weil sie ja eben nicht von diesen Gruppen gewählt werden. Also wir haben eine Situation, in der die äußeren Bedingungen, glaube ich, um das jetzt sehr vorsichtig zu formulieren, suboptimal sind in Bezug auf ein lebendiges demokratisches Leben. Und das hat etwas natürlich damit zu tun, dass ein Großteil unserer Zeit für die Lohnarbeit draufgeht und eben wenig Ressourcen für anderes bleiben auch eben wenig Ressourcen, um sich einzumischen. Das könnte so ein Zusammenhang sein. Es gibt sicher noch einiges anderes dazu zu sagen.

Maiada Hadaia:

Wobei, weil ja gerade diese große Mobilisierung, die Proteste während der Pandemie doch die Personen, die daran teilgenommen haben, ja eigentlich überwiegend nicht ausschließlich natürlich. Es war schon auch von sehr heterogener Menschenmasse hier die Rede. Doch auch Personen sind, die eher am Rande der Gesellschaft oder vielleicht eher weniger vertreten oder sich zumindest weniger vertreten gefühlt haben. Sehen Sie das auch so? Das ist doch ein interessanter Widerspruch. Ist so, oder?

Oliver Marchart:

Das sind. Natürlich fühlen sich sehr viele Personen nicht vertreten, oder? Ohne dass deshalb alle von ihnen schon demonstrieren würden. Und man kann sich auf unterschiedliche Weise nicht vertreten fühlen, zum Beispiel? Resignativ Ja, dann würde man eben auch nicht protestieren. Nur ein Wort noch zu den äußeren Bedingungen, die Protestgegenüber förderlich oder eben nicht förderlich sind die Entwicklung der Universität in der Universität diskutieren. Die Entwicklung der Universität hat ja durch Verschulungsprozesse letztlich auch dazu geführt, dass die Universität als Ort des Protests in gewisser Weise, sagen wir mal so abgebaut hat. Die klassische Universität war ja eine Institution, in der die Studierenden für einen bestimmten definierten Zeitraum ihres Lebens freigestellt waren von Fragen ihrer ökonomischen Reproduktion.

Das heißt, sie konnten sich auf das Studium konzentrieren. Jetzt sind wir in einer Situation, in der die meisten Studierenden nebenher arbeiten müssen, und in einer Situation, in der das Studium selbst so verschult ist, dass es auch immer mehr zeitliche Investments erfordert und letztlich die Frage des ökonomischen Überlebens auch damit zusammenhängt Wie lang studiere ich, wie schnell komme ich auf den Arbeitsmarkt und Ähnliches? Das heißt, die Entwicklung der Universität zu einer verschulten Ausbildungsinstitution, die letztlich für den Job Markt produziert, was eigentlich die Aufgabe von Fachhochschulen wäre. Diese Entwicklung hat jetzt politische Konsequenzen. Denn die Studierenden waren ja bei allen demokratischen Revolutionen, also 1848 beispielsweise an vorderster Front und im 20. Jahrhundert 1968 umso mehr.

Und das hat etwas damit zu tun, dass sie eben freigestellt waren. Und wenn man freigestellt ist und zu

diskutieren, beginnt das passiert ja in Universitäten zu diskutieren, beginnt zu streiten, beginnt, sich politisch zu interessieren, beginnt sich zu organisieren beginnt, dann beginnt man sich auch einzumischen. Indem ich die Räume, in denen das möglich ist, verkleinere, schnüre ich auch diese Möglichkeit zur politischen Einmischung ab. Das ist ein großes Problem. Demokratie braucht solche Freiräume, braucht Räume, wo Menschen freigestellt werden und zu diskutieren beginnen und möglicherweise auch auf dumme Gedanken kommen. Das ist eine Grundvoraussetzung von Demokratie. Und soweit ich das sehen kann, werden diese Räume immer enger.

Vielleicht nur eine kurze Nebenbemerkung: Ich war in Paris zu der Zeit, als Macron auf die zweite Wahlrunde gewartet hat, also genau in diesem Interregnum zum Showdown zwischen Macron und Le Pen. Und die studieren? Viele junge Leute in Frankreich haben demonstriert, weil sie gesagt haben Wir wollen uns nicht schon wieder vor so eine Wahl des geringeren Übels gestellt sehen. Bei jeder Wahl müssen wir sozusagen jemanden wie Macron wählen, um jemand anderen zu verhindern. Wir wollen eine wirkliche Alternative. Und die Studierenden in Paris haben an einigen Pariser Universitäten, insbesondere an der Sorbonne, die Universität besetzt. Was ist passiert?

Die Universität ist geschlossen worden, die Polizei hat die Universität abgesperrt. Ich war selbst dort. Der Place de la Sorbonne war abgesperrt. Man konnte nicht mehr durch. Damit keine neuen Studierenden reinkommen. Der Universitätsbetrieb wurde auf Onlinelehre umgestellt, und das hat bedeutet, dass die Studierenden, die dort eine oder zwei Seminarräume besetzt halten, sozusagen isoliert waren, ausgehungert wurden und ihre Blockade der Universität nichts gebracht hat, weil er eine Universitätsbesetzung, also die Idee einer Universität, besitzt. Besetzung ist, den Universitätsbetrieb zu stören, um Aufmerksamkeit für das eigene Anliegen zu erreichen. Jetzt haben Universitäten die Möglichkeit, einfach auf Onlinebetrieb umzustellen und damit jeden Protest im Keim zu ersticken.

So etwas wie Mai 68 ja, die Besetzung von Universitäten ist unter diesen Bedingungen gar nicht mehr möglich. Wir sehen daran, dass ein technisches Instrument, das eigentlich dazu gedacht war, online Lehre jetzt zum Beispiel in der Pandemie zu ermöglichen, unter Bedingungen, wo niemand tatsächlich aus seiner Wohnung rauskommen konnte, außenpolitisch eingesetzt wird, um Proteste zu verunmöglichen, also eigentlich antidemokratisch angewendet wird. Das ist eine mich sehr beunruhigende Entwicklung, die glaube ich, sehr genau beobachtet werden muss.

Maiada Hadaia:

Und die sich eigentlich sehr ausbreitet. Man könnte auch Österreich als Beispiel nennen. „Uni brennt“ war zu meiner Studienzeit zum Beispiel, auch das habe ich noch erlebt. Das ist auch schon über zehn Jahre her und seitdem gab es nie mehr wieder solche starken, intensiven, großen Proteste.

Oliver Marchart:

Das ist genau die Ursache. Vorhin angesprochen „Uni brennt“ war eine Reaktion auf die Bolognareform. Und jetzt sind Generationen von Studierenden inzwischen durch die Universität gegangen, die die Bolognareform als selbstverständlich wahrnehmen, also eine verschulte universitäre Lehre für sie ganz normal ist und die keine Zeit Ressourcen haben, um sich mit anderen Dingen zu beschäftigen. Die Folge daraus ist, dass wir sehen, dass eben die Studierenden Proteste nicht mehr so häufig vorkommen.

Maiada Hadaia:

Wir gehen dann schon in die richtige Richtung weiter, wenn es ums Digitale geht. Die digitale Transformation ist ja auch eine wesentliche Entwicklung, die uns sehr vieles ermöglicht, gleichzeitig aber auch vieles, wie wir jetzt schon diskutiert haben, verunmöglicht. Ein zweischneidiges Schwert sozusagen. Sie haben ein Projekt, vielleicht möchten Sie einige Worte auch dazu sagen, wo digitale Transformation oder Digitalisierung auch ein Pfeiler von vielen ist in Bezug auf das Thema Demokratie und wie wichtig es ist, sich zu bewegen.

Oliver Marchart:

Ja, das ist ein ERC Grant in dem es im Wesentlichen darum geht, Demokratie in Zeiten der verringerten Vorstellungskraft neu zu denken. Zumindest mal zu untersuchen, wie wir unsere Vorstellungskraft, unsere politische, demokratische Vorstellungskraft wieder aktivieren können. Das Problem ist ja, dass wir jetzt durch sehr viele Jahre gegangen sind, in denen zu den alltäglichen Slogans der Politik gehört hat, zu sagen Es gibt keine Alternative zu unserer gegenwärtigen Politik. Das ist ja so ein von Thatcher hier kommender neoliberaler Slogan gewesen, der sich jetzt aber auch bei Merkel beispielsweise gefunden hat, also die Alternativlosigkeit des eigenen Angebots, auf das sich tatsächlich dann auch verschiedenste Parteien einigen konnten.

Da entstand so etwas wie der allgemeine Eindruck, dass es gar nicht mehr darum geht, ein positives Zukunftsprogramm von dem, was Demokratie sein könnte und wo wir hinwollen, zu entwickeln, sondern es geht um die Verwaltung des Bestehenden. Und dadurch ist so etwas wie eine Verkümmerng unseres politischen, demokratischen Vorstellungsvermögens, unserer Vorstellungskraft eingetreten. Und die Frage stellt sich nun auf welche historischen, theoretischen, politischen Ressourcen können wir zurückgreifen, um wieder so was wie Vorstellungskraft zu entwickeln? Um uns zum Beispiel. Darum wird es in diesem Projekt gehen, das ja gerade erst begonnen hat, um uns zum Beispiel alternative demokratische Institutionen vorzustellen, also abseits der bereits existierenden demokratischen Institutionen und des Parlaments beispielsweise.

Welche Institutionen sind in der politischen Geschichte und in der Ideengeschichte gedacht und erdacht worden, vielleicht vergessen worden, auf die wir jetzt aber produktiv zurückgreifen könnten? Es gibt da schon einige Vorschläge, die sehr stark diskutiert werden in der Politikwissenschaft beispielsweise das Lotteriesystem, also die Idee, dass Vertretungskörperschaften ausgelost werden, aus der Bevölkerung so einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung zu ermöglichen. Aber es gibt noch viele andere Institutionen aus der Vergangenheit. Das ist ja letztlich auch eine Institution aus der Vergangenheit, die noch sozusagen auf ihre Wiederentdeckung warten. Das ist das, was wir dort versuchen. Wir begleiten das einerseits mit einer politisch theoretischen Absicherung, indem wir uns auch philosophisch theoretisch damit auseinandersetzen, was Imagination ist unter politischen Bedingungen und andererseits empirisch, indem wir uns ansehen, wie aktivistische und künstlerisch aktivistische Akteure selber Institutionen oder institutionelle Formate kapern und für ihre eigenen Proteste nutzen, indem sie zum Beispiel Tribunale errichten, eigentlich eine juristische Institution, das Tribunal, das aber angeeignet wird von beispielsweise Künstlern und Künstlerinnen oder Aktivistinnen, die jetzt zum Beispiel in Deutschland ein NSU Tribunal nicht selber errichtet haben, weil sie unzufrieden waren, wie die Justiz mit dieser Neonazigruppe des NSU umgegangen ist.

Es gibt viele Beispiele solcher alternativen Institutionen, auf die im politischen Aktivismus und im

künstlerischen Aktivismus selbst zurückgegriffen werden kann. Und in dieser Doppelbewegung nicht aus Empirie und Theorie versuchen wir, uns dieser Frage anzunähern, wodurch neue Imaginationsräume von dem, wie wir uns Gesellschaft und Demokratie vorstellen wollen, eröffnet werden können. Jetzt sind die Institutionen der Online-Communities, der sozialen Netzwerke, der Plattformen ganz wichtiger Institutionen. Und das möchte ich nicht bestreiten. Aber sie sind nur natürlich nur ein Teil unseres Interesses, weil wir jetzt unter dem Schlagwort Demokratie und Digitalisierung die Tendenz haben, fast wieder zu sehr auf diese Frage der Digitalisierung zu blicken, so wichtig sie ist.

Aber mir scheint also, wissenschaftliche Moden kennen ja auch diese Pendelausschläge, wo plötzlich so eine Exklusivität der Perspektive eintritt und man Demokratie plötzlich nur noch unter der Frage der Digitalisierung wahrnehmen kann. Aber Demokratie? Ich hatte vorhin aus unserer Erfahrung in der Schule erzählt. Demokratie findet ja überall in der Gesellschaft statt. Aber natürlich sind die sozialen Netzwerke wichtig und es gibt verschiedene Ansatzpunkte, sich zu überlegen, wie sie demokratisiert werden könnten. An sich sind sie ja zunächst mal demokratisch auf eine gewisse Art, insofern es keine großen Zutrittshürden gibt, sofern man Internetzugang hat. Und das ist auch der Grund, weshalb zu Beginn, ganz am Anfang der Entwicklung des Internets, eine große Euphorie geherrscht hat.

Das ist jetzt der neue demokratische Kontinent, der sich da eröffnet hat und der erschlossen werden kann. Da waren durchaus auch so kolonialistische Projektionen auf dieses neue Land zu dieser Zeit. Ich habe 2004 ein Buch genau dazu veröffentlicht, also sehr bald, eigentlich nach dieser Pionierphase des Internets, in der davon die Rede war, dass dort eben die Demokratie abwandert in diese horizontalen Verkehrsformen demokratischen Verkehrsformen innerhalb des Internets. Und das hat sich dann später mit der Entwicklung eben der Plattformen, der sozialen Medien, wie wir sie alle kennen, Facebook, Instagram bis hin zu Ticktack heute weiterentwickelt. Und da ist ja inzwischen ein Punkt erreicht, an dem man feststellen muss, dass manche dieser Plattformen ja eigentlich zu dem gehören, was wir als kritische Infrastrukturen bezeichnet haben oder bezeichnen oder zu bezeichnen gelernt haben während der Pandemie.

Und deswegen ein großes öffentliches Interesse auch besteht, dass diese Plattformen eben nicht in der Hand eines Medienoligarchen ihre demokratische Qualität verlieren, sofern sie diese haben. Ich spiele da natürlich auf Elon Musk und Twitter an. Twitter ist ja nicht einfach nur ein Kommunikationsmedium, sondern es ist das Medium, das einer globalen Öffentlichkeit derzeit wahrscheinlich am nächsten kommt auf Twitter. Es ist weniger eine Debattenöffentlichkeit als eine Informationsöffentlichkeit oder eine oder eine Verkündigungsöffentlichkeit, würde ich sagen. Aber. Dennoch Auf Twitter veröffentlichen ja alle nicht von Regierungsmitgliedern bis zur UNO. Also die gesamte Politik. Der gesamte Journalismus. Journalisten beobachten andere Journalisten und das fließt wiederum in die traditionellen Medien ein.

Wenn Sie beispielsweise dann in der Zeitung lesen, die Twitter-Community hätte dies oder jenes gesagt. Das sind sozusagen Beobachtungen von Medien, die wiederum andere Medien beobachten. Und das fließt zurück. Das heißt, es gibt durchaus eine große, auch politisch im engeren Sinne große politische Bedeutung. Ganz abgesehen von all den anderen Debatten, die dort auch noch stattfinden. Wenn es ein solches globales Kommunikationsmedium. Tatsächlich gibt. Dann ist die Bedeutung dieses Mediums sicher so groß, dass man es nicht einfach nur der Willkür einer einzelnen Person, auch wenn sie die reichste Person der Welt ist, überlassen kann. Da stellt sich natürlich die Frage des Umgangs mit diesen Plattformen.

Man spricht da oft auch davon, dass sie eigentlich in die Commons überführt werden müssten, Also das gerade aus dem Grund, dass sie einen allgemeinen Nutzen haben und einfach nicht nur einen privaten Nutzen und deswegen auch Allgemeingut sein müssten. Kann man drüber diskutieren, wie das, wenn es denn je möglich sein sollte, vonstattengehen soll. Aber normativ gesprochen gibt es eigentlich keinen Grund, warum solche Plattformen in den Händen Einzelner liegen sollten, wenn sie so eine überragende Bedeutung für die weltweite Kommunikation haben. Und dann gibt es natürlich noch andere Dimensionen neben dieser Dimension der Infrastruktur dann auch wiederum die Dimension der Protestkommunikation.

Die Dimension des Angertainment, durchaus auch kommerzielle Anwendungen von Protest, muss man fast sagen. Oder von Wut. Wenn wir an Donald Trump beispielsweise denken, die da zu berücksichtigen sind und die natürlich auch das demokratische Debattenklima beeinflussen, dass also die Debatte in der Demokratie, wenn sie über Plattformen stattfindet, in den wenigsten Fällen in dem, was Habermas das Geben und Nehmen vernünftige Gründe bezeichnen würde, besteht, sondern in den meisten Fällen eben in Zustimmung oder Ablehnung. Deswegen ja auch dieser berühmte Thumbs up Button nicht, wo ich signalisieren kann auf den Plattformen Ja, ich bin einverstanden, Daumen hoch. Wenn sozusagen die Kommunikation auf ein Daumen hoch oder Daumen runter reduziert ist, dann bin ich eigentlich in einer zirkensischen Öffentlichkeit im klassischen römischen Sinne.

Dann bin ich nicht im Circus Maximus. Und das ist eben keine tatsächliche demokratische Debattenöffentlichkeit. Gleichzeitig bin ich nicht dafür, demokratische Debatte einfach nur als eine nach den Verkehrsformen des universitären Seminarraum zu beurteilen. Klar, also es kann durchaus auch heiß hergehen, es kann auch geschimpft werden. Das gehört auch zu demokratischer Debatte dazu. Auch Beleidigungen gehören dazu. Also wir sind vielleicht auch auf der anderen Seite ein bisschen zu dünnhäutig, wenn es darum geht, Leute aus dem demokratischen Diskurs auszuschließen, nur weil sie sich nicht gesittet genug benehmen. Gleichzeitig ist aber natürlich eben das rationale Moment, dieses Geben und Nehmen von Gründen.

Das Abwägen, durchaus auch das Widersprechen kommt selbstverständlich auf den Plattformen ins Hintertreffen. Das ist auch unbestritten.

Maiada Hadaia:

Vielleicht nur ganz abschließend ein Gedanke, den ich jetzt hatte. Das wäre ja eigentlich so was wie ein Doppel- oder Paralleleben führen. Also einerseits im Realen und andererseits im Virtuellen. Und in Bezug auf Demokratie lässt sich hier eigentlich nichts voneinander unterscheidet oder auch so, dass physisch anwesend sein, an einem Ort gebunden zu sein. Also Zeitpunkt und Ort vielleicht?

Oliver Marchart:

Ja, ich finde, Sie haben das sehr gut gesagt. Nichts außer das physische Anwesend sein. Aber das ist natürlich zentral für viele Formen des Protests. Um nochmal auf den Straßen Protest zurückzukommen. Es ist die physische Präsenz im öffentlichen Raum, die den Verkehr blockiert. Ich kann den Verkehr nicht blockieren, indem ich einfach nur auf Twitter eine Meldung ab schicke mit meiner Meinung. Der Straßenprotest wird seine demokratische Bedeutung als Kommunikationsformat behalten, weil er nämlich mit einem persönlichen Einsatz verbunden ist. Und dieser persönliche Einsatz, der bis hin zur

Frage der eigenen körperlichen Unversehrtheit geht nicht. Ich kann von einem Auto überfahren werden, ich kann aber auch eingekesselt werden.

Es gibt viele Proteste, die tatsächlich auch mit Polizeigewalt aufgelöst werden. Es gibt einen persönlichen Einsatz mit meinem eigenen Körper und dessen Unversehrtheit ich aufs Spiel setze. Und das macht diese Form des Protests durchaus wirksam, selbst wenn es wenige sind, die protestieren im Vergleich zu beispielsweise den sozialen Medien. Und das ist der Grund, weshalb ich glaube, dass diese Proteste uns bleiben werden, so merkwürdig sie sein mögen, auch so sehr sie nur von einer Minderheit tatsächlich aktiv betrieben werden. Es ist eben die Minderheit, die ein Risiko aufzunehmen bereit ist. Und die Unmutsäußerungen auf sozialen Netzwerken ist zumeist risikolos.

Das ist ja der Grund, warum wir so viel Hate Speech auf sozialen Netzwerken haben. Wenn die Person hier im Raum stünde und mich auf dieselbe Weise beschimpfen würde, wie sie das im Netz tut, müsste sie möglicherweise mit einer anderen Reaktion rechnen als im Netz. Deswegen tut sie es nicht im Regelfall. Und das ist der Grund, weshalb ich denke, die Präsenz, die körperliche Präsenz in der Demokratie wird uns auch in Zukunft erhalten bleiben.

Maiada Hadaia:

Wie kann man denn sagen Demokratie ist Risiko?

Oliver Marchart:

Absolut, absolut.

Maiada Hadaia:

Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Markert, an dieser Stelle für Ihre Zeit für das Gespräch und wünsche alles Gute für Ihre Arbeit.

Oliver Marchart:

Vielen Dank Ihnen auch. Danke.